

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp. Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Kontakto: Behr, Ueblich, Dresden
und **Östliche Staatsbank**

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
"nach der Arbeit" und "Woll und Zell" für einen halben Roman 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komparatizelle
30 Pf., die 90 mm breite Reklamizelle 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-
bote 40 Proz. Rabatt. Für Beilagenlieferung 10 Pf.

Nr. 153

Dresden, Montag den 5. Juli 1926

37. Jahrg.

Die Reiniger Deutschlands

Bettelbrief an Grafen

Spezialkategorie des „Deutschnationalen Arbeiterbundes“
Der „Deutschnationale Arbeiterbund“ hat an sämtliche Angehörige des deutschen Adels einen Bettelbrief gerichtet, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Es hat sich ein Deutschnationaler Arbeiterbund gebildet, der in dem letzten Reichstagswahlkampf allein mit circa 85 000 Propagandisten und 75 Millionen Flugblättern, darüber hinaus aber auch mit 188 Rednern in über 2000 Versammlungen eingegriffen und energisch die Sozialisten und Kommunisten auf der ganzen Linie bekämpft hat. Der Erfolg war, daß rund 2,5 Millionen Stimmen aus Arbeiterfamilien sowohl bei der Reichstags- als auch bei der Landtagswahl für den Deutschnationalen Arbeiterbund abgegeben wurden... Ein Wohlwollender hätte sich bei dem Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters helfen zu wollen, zumal es ja auch Ihnen, Herr Graf, bekannt ist, daß ohne Mitarbeit der jetzt schon zwei Drittel der deutschen Gesamtbevölkerung ausmachenden Arbeiterschicht gar nicht an eine endliche Befreiung unseres Volkes gedacht werden kann... Es wäre außerordentlich dankbar zu begrüßen, wenn Angehörige des hohen Adels dem einfachen Manne mit der schwieligen Hand reichlich über die Schulter geschlagen und die Arbeiterfrage beachtet werden würde; das sozialistische Land der Welt — England — hat eine Arbeiterregierung besessen; Mussolini konnte nicht einen Tag länger regieren, hätte er sich nicht auf die faschistischen Gewerkschaften, hätte er sich nicht auf die streng national gerichteten und geführten faschistischen Gewerkschaften mit zwei Millionen italienischen Arbeitern, hätte Sie sich nicht auf die auch in Deutschland immer weitere Kreise der Arbeiter gewonnen werden und wieder dem deutschen Volke fremdbildigen Diktators angeschlossen.“

Deutschnationaler Arbeiterbund

Der 1. Vorsitzende: **E. Hartwig, M. d. R.** Der Generalsekretär: **Sindner, M. d. R.**

Selten ist uns ein Dokument schlichterer Würdehaftigkeit auf den Tisch gekommen. Es zeigt den Slavengeist dieses „Arbeiterbundes“. Außerdem wird endlich einmal zugegeben, daß dieser Bund nur politisch-reaktionäre Ziele zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung verfolgt und daß die „Arbeiterfrage“ für diese Gesellschaft erst „brennend“ wurde, als die Arbeiter politisch ihren gefährlichen Aufstieg begannen, als in England die erste Arbeiterregierung ausbrach kam. „Mussolini konnte nicht einen Tag länger regieren, hätte er sich nicht auf die faschistischen Gewerkschaften“, heißt es in dem Brief. Und dann weiter: „Helfen Sie deshalb, auch in Deutschland immer weitere Kreise der Arbeiter zu gewinnen!“ Die Arbeiterschaft als Steigbügelhalter der Reaktion! Kann das Ziel der deutschen faschistischen Arbeiterbewegung deutlicher herausgestellt werden? Wer etwas von den fürchterlichen Drangsalierungen der Arbeiterschaft in Italien Mussolinis und der brutalen Niederwerfung ihrer Führer gelesen oder gehört hat, der wird, von Ehrgefühl geleitet, sich von diesen deutschnationalen „Führern“ und ihrem Anhang abwenden, die es nicht verschmähen, den Hovard anzubetteln, „dem einfachen Manne mit der schwieligen Hand“ die Hand zu reichen, die ihn sonst am liebsten mit der Reitpeitsche in gezieltem Entfernungsbiel!

Beschwerde über Gessler

Die Pariser Meldungen, wonach die Reichstagskonferenz in einer Note den Reichswehrkreis beanstandet habe, wurden vor einigen Tagen von maßgebender Stelle demontiert. Nunmehr wird zugegeben, daß tatsächlich gegenwärtig gewissen Neuerungen des Reichswehrministers bei der Behandlung des Reichswehrkreises vor einiger Zeit von Seiten der Reichstagskonferenz in Berlin ein diplomatischer Schritt unternommen wurde. Vielleicht erzählt man nun auch, was denn eigentlich der Inhalt der Beschwerde der Reichstagskonferenz gewesen ist.

Schnellzug Le Havre — Paris entgleist

18 Tote, 97 Verletzte

Der Schnellzug Le Havre — Paris, der Sonnabend nachmittags 5 Uhr von Le Havre abfuhr, ist um 7 Uhr in der Nähe von Achères entgleist, etwa 20 Kilometer nördlich von Paris an der Seine. Achtzehn Reisende wurden getötet und 97 verletzt. Der Zug fuhr mit 30-Kilometer-Geschwindigkeit inmitten eines heftigen Gewitters auf einem Nebengleise, da auf dem Hauptgleise Reparaturen vorgenommen wurden. Bei einer Kurve wurde die Lokomotive aus dem Gleise geworfen. Die zwei ersten Wagen folgten ihr, während bei den zwei nachfolgenden Wagen durch den Aufschlag die Kupplung zerbrach, so daß sie seitwärts gegen Bäume geschleudert wurden. In den dadurch freigewordenen Raum schoben die letzten Wagen und wurden bei der Lokomotive und ihren beiden Hinterwagen zertrümmert. Die Rettungsarbeiten waren außerordentlich schwer, da die Wagen fest ineinander verkeilt waren. Von den Verletzten befinden sich vier im Sterben. Die genaue Ursache der Katastrophe konnte noch nicht ermittelt werden. Es verlautet, daß der Lokomotivführer infolge der fortwährenden Blitze ein Signal übersehen hat, das Verlangsamung der Fahrt bei der scharfen Kurve gebot. Eine andere Erklärung lautet dahin, daß infolge des Regens sich eine Schiene gelockert habe.

Rückblick

H. F. In den letzten Wochen der eben beendeten Session stand der Reichstag unter Hochdruck, der sich gegen den Schluß bis zu spannenster Nervosität steigerte. Die Lage glich sehr der, die damals bestand, als das Parlament vor der letzten Entscheidung über die Dawes-Gebote stand. Hier wie dort folgten bis zum letzten Augenblick eine Unsicherheit über das, was kommt. Bei der Entscheidung über die Dawes-Gebote waren es die Deutschnationalen, von denen das Weitere abhing. Diesmal hatte sich die härteste Fraktion des Reichstags, die sozialdemokratische, aus tatsächlichen Gründen ihre bedeutende Entschiedenheit bis unmittelbar vor der entscheidenden Abstimmung vorbehalten.

Der mit Zweidrittelmehrheit gefasste ablehnende Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion hatte ein Reformelement der liberalen und der Zentrumspresse zur Folge, ganz wie im Januar nach dem Scheitern der Großen Koalition. Erst redete man uns zu wie einem franken Sunde, wobei die Stimmung für Ablehnung in der Fraktion immer größer wurde. Und als gar am Tage vor der Entscheidung der Reichstagskanzler ganz unermittelt eine „Erklärung“ im Plenum abgab, die als eine plumpe Fression auf die sozialdemokratische Fraktion angesehen werden mußte, da sie der Unwille bei vielen unter Fraktionsmitgliedern erregt. Der Erfolg dieses Manövers hatte also den entgegengesetzten Erfolg als den, der damit erzielt werden sollte. Die Regierungsparteien mühten sich, uns die Verantwortung für das Mißlingen mit aufzuladen. Nun dieser Trid mislungen, erdrollen wir schlechte Reflexionen. Ein Berliner Mittagsblatt fand Geschmack daran, die Verantwortlichen in der sozialdemokratischen Fraktion als die Mägen und Lügner hinzuzustellen. Sindliche Spiel, das wir in Sachen ja schon von den Begünstigern der Dreimundwanzig her gewöhnt sind.

Die letzte Session des Reichstags begann mit einer langen, schweren Regierungskrise. Die deutschnationalen Minister waren am 2. Oktober 1925 aus der Regierung getreten. Anschließend der Locarno-Verträge wagen, die sie bis dahin mindestens duldsam mitgemacht hatten. Ihre Kante wurden nicht wieder bekehrt. Monalefang gab es ein Kumpffabinett. Während dieser Zeit wurde um die Große Koalition gerungen. Die Mittelparteien hätten die Sozialdemokratie gar so gern mit bei der „Verantwortung“ gehabt. Die Deutsche Volkspartei jedoch weigert sich nach rechts. Ihre Bedingungen wurden nicht angenommen, obwohl sie recht nachahmiger Art waren. So kam eine Minderheitsregierung, die jetzt noch besteht, nur daß nicht mehr Küber, sondern Marx Reichskanzler ist. Eine wesentlich andre Note hat die Regierung dadurch nicht erhalten.

Erst am 26. Januar konnte sich das neue Kabinett dem Reichstags mit einer ziemlich farblosen Erklärung vorstellen. Farblos um deswillen, weil man es mit feiner Seele von vornherein verderben wollte. Denn diese Regierung war so gezwungen, mit wechselnden Mehrheiten zu arbeiten. Es ist bezeichnend, daß sie während ihrer ganzen Existenz nur beim Eintritt mühsam ein Vertrauensvotum erhielt, wobei, auch in frühesten Tagen, ein solches nicht mehr forderte, obwohl in der Reichsverfassung ausdrücklich gefordert ist, daß jede Regierung das Vertrauen des Reichstags haben muß. Sie war aber schon heilfroh, wenn Nichttrauensvoten abgelehnt wurden. Dieser Fall kam wiederholt vor. Deutschnationale, Volkliche, Kommunisten und auch Sozialdemokraten stellten Nichttrauensvoten. Einer unter Fraktionsredner prägte deshalb recht treffend den Satz, die Regierung könne doch nicht fortwährend nur von der Ablehnung des Nichttrauens leben.

Die sozialdemokratische Fraktion stellte sich beim Eintritt der Minderheitsregierung auf den Standpunkt, ihr Gelegenheit zur Vertätigung zu geben. Wir enthielten uns deshalb der Abstimmung über das Vertrauensvotum mit harter Betonung untrer völligen Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit. Es ist zu sagen, daß diese Politik und Taktik der gesamten sozialdemokratischen Partei im Reich sehr gut bekommen ist, und daß sie von den Massen verstanden wurde! Der Druck der größten Fraktion des Reichstags auf die Minderheitsregierung ist wiederholt recht wirksam gewesen. Wir haben vieles verhindert, was schlecht, und manches erreicht, was gut war oder doch besser als das, was man von rechts gern durchzusetzen hätte.

Die acht Monate lange, nur von Feiertagsferien unterbrochene Parlamentsarbeit war außerordentlich intensiv und reich an Ergebnissen, deren Wertung bereits in einzelnen erfolgte. Der Etat, das größte und wichtigste, jedes Jahr wiederkehrende Gesetzgebungsmerk, wurde rechtzeitig mit allen bis dahin vorliegenden Maßnahmen fertig. Das erstmal seit über fünfzehn Jahren erlangte sich dieser Fall! Das sei besonders den Monarchisten wiederholt gesagt, die das demokratische Parlament fortwährend herabzusetzen suchen. Mit dem Abschluß von Handelsverträgen geht es leider nicht so schnell vorwärts, als erwünscht ist. Von den großen Ländern sind wir nur mit Spanien und Italien ins Reine gekommen. Von überraschender Bedeutung ist der dieser Tage ratifizierte Vertrag mit Rußland, der lange Zeit die politische Öffentlichkeit beschäftigte. Abweisen von fertigen Verträgen mit kleineren Ländern steht im übrigen alles noch in vorübergehenden, provisorischen Annahmen. Die Zollpolitik, die von der Regierung mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien betrieben wird, ist nicht geeignet, die Verträge- und Handelspolitik zu fördern und zu begünstigen. — Die Frage des sogenannten Gemeindefestimmungsrechts ist endlich entschieden. Ihre Beratung hat erheblichen Aufwind an Zeit erfordert. Die

Der schon seit einigen Wochen dauernde Konflikt zwischen der Bundesleitung des Stahlhelm und den Braunschweiger Ortsgruppen ist jetzt offen zum Ausdruck gekommen. Das ergibt sich aus folgender Erklärung, die am Freitag von 19 Kameradschaftsführern des Stahlhelm in Braunschweig der Öffentlichkeit übergeben wurde:

An die Bundesleitung des Stahlhelm in Magdeburg ist von dem Ortsgruppenführer Braunschweig-Stadt, Graf, und 19 Kameradschaftsführern, eine Beschwerdebrief mit 40 Punkten und eine Kammerbescheide mit 7 Punkten gegenüber dem Bundesverbandführer Mühlenbau abgegeben, der in Erwartung dieser Beschwerde jedoch vorher den Ortsgruppenführer seines Postens enthob. Die Zustände, die dieser Beschwerde zugrunde liegen, sind den Beschwerdeführern erst in den letzten Monaten bekannt geworden, und daraufhin war bereits des Bittern in kameradschaftlicher Weise versucht worden, den Landesverbandführer Mühlenbau freiwillig zum Rücktritt zu veranlassen. Mit der Ablehnung des Ortsgruppenführers brach sich der Landesverbandführer Mühlenbau gleichzeitig selbst zum Führer der Ortsgruppe ein. Die Kameradschaftsführer konnten auf Grund der laufenden Beschwerde den neuen Ortsgruppenführer, der jahresgemäß gewählt werden muß, nicht anerkennen und lösten ihn, bis zur Erledigung der Beschwerde von seinen Pflichten ab. Eine Absicht dieser Beschwerde ging an die Bundesleitung in Magdeburg, die daraufhin in einer mündlichen Verhandlung den Kameradschaftsführern ein Ultimatum von zehn Minuten stellte und nach dessen Ablauf sie abschiebe und aus dem Bund der Frontsoldaten ausschloß. Die Ortsgruppe Braunschweig stellte sich geschlossen hinter ihre abgewählten Führer, und da nach drei Wochen noch nicht die geringste Erledigung der Beschwerde erfolgt war, was übrigens auch heute nicht der Fall ist, außerorts des Bundes.“

Die Ortsgruppe Braunschweig zählt etwa 1600 Mitglieder des Stahlhelm. Es ist damit zu rechnen, daß auch alle übrigen Ortsgruppen des Landes Braunschweig und der angrenzenden Gebiete aus dem Stahlhelm austreten werden. Eine offene Gehörsamverweigerung gab es schon vor einigen Wochen, als Mühlenbau einen Demonstrationsszug gegen die Propaganda der Sozialdemokraten für den Volkseinkauf anordnete. Diesem Befehl wurde von der Braunschweiger Ortsgruppe keine Folge geleistet.

Die Antwort der Bundesleitung

D. Braunschweig, 3. Juli. (Sig. Draht.) Der Reich im Stahlhelm nimmt munter seinen Fortgang. Die Bundesleitung in Magdeburg nimmt dabei einseitig Partei für Mühlenbau und gegen die 19 Kameradschaftsführer, hinter denen 1600 Mitglieder stehen. In diesem Sinne hat sie am Sonnabend eine Erklärung veröffentlicht, in der gleichzeitig mitgeteilt wird, daß die Beschwerde der Braunschweiger Kameradschaftsführer gegen Mühlenbau keinen Anlaß bietet diesen Neugeborenen aus dem Verband auszuschließen. Ein eigenmächtiger Herr, dieser Mühlenbau, als er kürzlich den Rechtsanwalt Ruffenbach aus Braunschweig wegen Verleumdung verklagte und der zuständige Richter die Freilassung der Hauptverfahren ablehnte, schloß er diesen Richter aus dem Stahlhelm aus. Er verlangte also von ihm bei Strafe des Verlustes der Mitgliedschaft eine Rechtsbeugung. Vorher beleidigte Mühlenbau selbst in einem Artikel der Zeitung Der Stahlhelm den Vorsitzenden des Vereines ehemaliger Braunschweiger Soldaten, Dr. Kramer. Es kam zu einem Duell, bei dem es Mühlenbau jedoch erging und zu dem er von Angehörigen des Stahlhelms über 1 1/2 Jahre gedraht werden mußte. Das Ende vom Lied ist, daß jetzt gegen ihn wegen dieses Kampfes Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt worden ist, und zwar von seinen einseitigen Freunden. Die Gerichtsverhandlung wegen Zweikampfes dürfte bald stattfinden.

Srach im Jungdo

Auch in andern Vaterländischen Verbänden geht es drunter und drüber. Im Jungdeutschen Orden streiten sich schon seit Wochen zwei Richtungen, und es scheint, daß diese Auseinandersetzung nur durch eine Spaltung ihren vorläufigen Abschluß findet. In Stuttgart ist bereits die heutige Ortsgruppe aus dem Verband ausgeschieden. Sie beschließt ihren Schritt mit der „Anlagenpolitik“ des Hochwelters. Die ausgeschiedenen Mitglieder haben eine Jungdeutsche Gemeinschaft gebildet und wollen sich angeblich demnach einer bestehenden „großen“ vaterländischen Vereinigung anschließen. Es fragt sich nur, ob sich das „groß“ auf die Mitgliederzahl oder auf das Maulwerk dieses Verbandes bezieht.

Vom Stahlhelm ermordet

H. Breslau, 5. Juli. (Sig. Funkdruck.) Die Bekatung des vom Stahlhelm ermordeten Breslauer Genossen Doktor geblühte sich zu einer machtvollen Kundgebung gegen die Methoden der rechtsradikalen Verbände. Tausende von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei und ein großer geschlossener Zug des Reichsbanners hatten sich eingefunden. Auch die Kommunisten schlossen sich mit keinem Trupp dem Zuge an. Der Zug, der den ermordeten Republikaner und Parteigenossen zur letzten Ruhe beigesetzte, dauerte über eine Stunde lang.

July